

die Übereinstimmung mit der Verfassung überprüfen. Die Verfassungsergänzung sei relativ vage und werde nicht viel Bedeutung haben, wenn nicht gleichzeitig andere Gesetze entsprechend überarbeitet würden. Der Verfassungszusatz spiele derzeit eher eine symbolische denn eine rechtliche Rolle. (IHT, 15.3.04)

Auf die fehlende Durchsetzung der Verfassungsänderung weist auch ein Beitrag in der *International Herald Tribune* vom 5.3.04 hin. So mangle es in China an einem Verfassungsgericht, das in Streitfällen angerufen werden könne. Problematisch sei weiterhin, dass lokale Regierungen aufgrund eines gesetzlichen Definitionsvakuum des Begriffs „legal erworbenes Eigentum“ willkürlich Eigentum als „illegal erworben“ definieren und dann entschädigungslos konfiszieren könnten.

Für ausländische Investoren hat der Verfassungszusatz keine konkrete Bedeutung. Für sie sind zwischenstaatlich vereinbarte Investitionsschutzabkommen der rechtliche Rahmen, der ihnen die Sicherheit vor staatlichem Zugriff bietet. (FAZ, 19.3.04) -schü-

SVR Hongkong

27 Beijing plant Interpretation des em Basic Law

Vor dem Hintergrund der hitzigen Debatte um eine beschleunigte Demokratisierung in der Sonderverwaltungsregion kündigte die Beijinger Zentralregierung am 26. März eine Auslegung des Hongkonger Grundgesetzes durch den Ständigen Ausschuss des Nationalen Volkskongresses (NVK) an. Diese ziele darauf ab, die „Verwirrungen und Differenzen“ über Wahlrechtsreformen in der Sonderverwaltungsregion zu beenden, so Xinhua. Die Beratungen über die Interpretation entsprechender Passagen sollen Anfang April stattfinden.

Dieser Entscheidung waren wochenlange verbale Attacken seitens Beijinger Medien auf prodemokratische Hongkonger Kräfte, die sich für allgemeine Direktwahlen des Regierungschefs und aller Abgeordneten der

Legislativversammlung ab 2007 einsetzen, vorausgegangen (vgl. C.a., 2004/2, Ü 28). Das Hongkonger Grundgesetz, *Basic Law*, sieht diese Möglichkeit vor, ohne jedoch einen konkreten Zeitplan zu nennen. Festgelegt ist lediglich, dass die entsprechenden Wahlgesetze geändert werden müssen, wofür es einer Zweidrittelmehrheit der Abgeordneten der Legislativversammlung sowie der Zustimmung des Hongkonger Regierungschefs bedarf. Über die Rolle der Zentralregierung heißt es im *Basic Law* in diesem Zusammenhang nur, dass die Gesetzesänderungen dem „Ständigen Ausschuss des NVK für das Protokoll berichtet werden sollen“.

Seitens der prodemokratischen Opposition und Bürgerrechtler Hongkongs hat die jüngste Entscheidung Beijings scharfe Kritik und Proteste hervorgerufen. Eine Auslegung des Hongkonger Grundgesetzes durch den NVK unterminiere die einst von der Zentralregierung versprochene Autonomie der Stadt und sei ein schwerer Angriff auf das Prinzip „Ein Land, zwei Systeme“. Beijing-nahe Kräfte verteidigen den Beschluss der parteistaatlichen Führung jedoch mit dem Verweis darauf, dass das *Basic Law* dem Ständigen Ausschuss des NVK das Recht auf Auslegung und Änderung des Grundgesetzes gewährt.

Viele Kommentatoren sehen in dem neuesten Vorstoß der Zentralregierung verzweifelte Versuche, die wachsenden Forderungen nach Demokratie in der Sonderverwaltungsregion zu stoppen. Beijing werde zunehmend nervös, insbesondere im Hinblick auf den näher rückenden 15. Jahrestag der Niederschlagung der Protestbewegung von 1989 sowie den baldigen Jahrestag der Hongkonger Massenproteste vom 1. Juli 2003 gegen die von der Tung-Administration geplanten Sicherheitsgesetze.

Noch ist unklar wie die Interpretation des Ständigen Ausschusses des NVK genau aussehen wird. Die Zentralregierung signalisierte unterdessen jedoch, dass sie keine radikale Neuauslegung anstrebe. Shiu Sin-por, Direktor des Beijing-nahen „Ein Land, zwei Systeme“-Forschungsinstituts, zeigt sich überzeugt, dass die Auslegung letztendlich dazu führen werde, einige der bestehenden

rechtlichen Probleme zu klären, so dass die Diskussion über politische Reformen „auf eine ordentliche Art und Weise“ fortgesetzt werden könne. Als beschwichtigende Geste gegenüber den Demokraten werten Beobachter zudem, dass sich ein Vertreter der Zentralregierung Ende des Monats mit drei prodemokratischen Abgeordneten der Legislativversammlung traf, um mit ihnen über ihre Bedenken zu diskutieren. (XNA, 26., 27.3., 3.4.04; SCMP, 27.3.04, nach BBC PF, 28.3.04; *The Standard*, 29.3.04; RTHK Radio, 30.3.04, nach BBC PF, 31.3.04; ST, 29.3., 1.4.04; FT, 2.4.04; WSJ, 31.3., 3.4.04;) -bk-

28 Konferenz zu Selbstmorden bei älteren Chinesen

Vom 24. bis zum 26. März richteten der Hong Kong Council of Social Service zusammen mit der Psychogeriatric Association und dem Wohlfahrtsministerium die Asia-Pacific Regional Conference on Prevention of Elderly Suicide in der Stadt aus. Dabei handelt es sich um eines der wesentlichen gemeinsamen Projekte der genannten Organisationen, das angesichts einer im Vergleich zu anderen Städten in der Welt relativ hohen Selbstmordrate bei älteren Menschen besondere Beachtung findet. Es sollte Wissenschaftler, Mediziner und Politiker nicht nur aus dem Verwaltungs-, medizinischen und Wohlfahrtsbereich in Hongkong selbst, sondern auch aus verschiedenen Ländern der Region zusammenbringen (www.aarp.org/Articles/a2003-12-03-cp-mar04_04.html).

In seiner Begrüßungsrede wies der Minister für Gesundheit, öffentliche Wohlfahrt und Ernährung Dr. Yeoh Eng-kiong darauf hin, dass die Selbstmordrate bei Älteren in Hongkong schon immer höher war als bei anderen Altersgruppen. In den 90er Jahren lag sie bei den älteren Chinesen bei 30 pro 100.000 Bürger, verglichen mit durchschnittlich 15 in der Gesamtbevölkerung. Inzwischen sei die Rate etwas gesunken und habe sich im Jahre 2002 mit 26,7 stabilisiert – wobei allerdings damit zu rechnen sei, dass sie in dem „schwierigen Jahr 2003“ wieder etwas höher liege. Um die Risikofaktoren zu verringern und die älteren Menschen zu schützen, habe die Regie-

rung verschiedenste präventive Maßnahmen ergriffen, u.a. wurde im Jahr 2001 die Healthy Aging Kampagne gestartet, die das öffentliche Bewusstsein des Problems stärken soll. Darüber hinaus gebe es Anstrengungen zur Verbesserung der physischen und psychosozialen Gesundheit bei den Älteren (XNA, 24.3.04).

Tatsächlich scheinen, wie verschiedene Studien von Wissenschaftlern der Hong Kong University gezeigt haben, eine entsprechende Erziehung und die Erhöhung des öffentlichen Bewusstseins sowie eine Verbesserung der Gesundheitsversorgung für Ältere eine große Rolle bei der Bekämpfung des Phänomens zu spielen. Bei den Selbstmorden handele es sich um ein soziales Problem, das sich nicht von selbst heilen werde; vielfach würden Familienmitglieder entsprechende Andeutungen nicht ernst nehmen. In den meisten Fällen hätten die Opfer allerdings auch chronische Gesundheitsprobleme gehabt und wollten ihren Familien nicht länger zur Last fallen (Iris Chi u.a., „Elderly Suicides in Hong Kong“, Febr. 1997, www.sps.org.hk/sps_pub.htm).

Schon auf der ersten Regionalkonferenz zur geriatrischen Psychiatrie schlussfolgerte die Hongkonger Organisatorin Helen Chiu, dass im Unterschied zur VR China, wo die Selbstmorde bei Älteren ebenfalls extrem hoch sind und z.T. kulturell-moralisches Verständnis fänden, diese in Hongkong eher Ursachen haben, die mit westlichen Ländern zu vergleichen sind (www.ipa-online.org/ipaonline/v3/meetings/meetingreports/aprm_hongkong.asp). Depressionen und vorausgehende Versuche seien die größten Risikofaktoren, ergab auch eine neueste Studie (H.F.K. Chiu u.a., „Elderly suicide in Hong Kong – a case-controlled psychological autopsy study“, *Acta Psychiatrica Scandinavica*, 109 [April 2004] 4). 86% der Selbstmörder litten an psychischen Problemen, vor allem an Depressionen, 77% hatten innerhalb des letzten Monats vor der Tat einen Arzt aufgesucht und ein Drittel hatte bereits vorher Versuche zum Selbstmord unternommen. -gs-

29 Kritik an den Schulreformen

Am 19. März wurde in Hongkong zum ersten Mal eine Konferenz aller Schuldirektoren mit dem Thema „Breaking New Ground: Steering and Strategies“ abgehalten, die das Institute of Education – eine Einrichtung zur Lehrerausbildung – gemeinsam mit den Räten für die Grund- und Sekundarschulen ausrichtete. Neben dem Erfahrungsaustausch standen vor allem eine Bewertung des Standes der Bildungsreformen und Vorschläge zur Verbesserung der Schularbeit im Mittelpunkt (RMRB online, 20.3.04).

In seinen Begrüßungsworten vor den rund 1.000 Direktoren sprach der Präsident des Instituts Paul Morris bereits sehr kritisch eine Reihe von Besorgnissen an, u.a. die Befürchtung einer kommenden Krise angesichts der deutlichen zurückgehenden Attraktivität des Lehrerberufes. Verantwortlich dafür sei keine Einzelursache, sondern seien letztlich alle beteiligten Institutionen, die durch die Herabsetzung des Status und der Moral von Lehrern junge Leute davon abhielten, diesen Beruf zu ergreifen. In der Lehrerausbildung z.B. müsse man den Teufelskreis durchbrechen, dass niedrige Erwartungen an die künftigen Lehrkräfte zur Absenkung der Aufnahme Standards und damit letztlich wieder zu einem niedrigen Qualifikationsniveau führten. Direktoren selbst würden Berufsuchende von der Aufnahme der Lehrerausbildung abhalten, indem sie den niedrigen Status des Lehrers hervorheben. Aber auch die Rolle der Regierung sei zu kritisieren; sie würde die Lehrer, Direktoren und Schulen sowohl als Ursache als auch als Lösung der Probleme porträtieren. Danach seien Probleme wie die niedrigen Sprachfähigkeiten, große Klassen oder Selbstmorde von Schülern allein von der Kompetenz der einzelnen Lehrer abhängig. Dies geschehe, obwohl entsprechend Erfahrungen in anderen Ländern wie Australien, Großbritannien und Singapur dort bereits zu einer Umkehr und zu einem Paradigmenwechsel geführt hätten. In Hongkong bedürfe es dieses Wechsels im Grund gar nicht, man müsse sich nur auf die traditionellen konfuzianischen Werte besinnen (www.ied.edu.hk/cric/new/principalconference/papers/opening-pmorris.pdf).

Zum Abschluss der Konferenz wurden die „gemeinsamen Sorgen zur Bildungsreform“ der Teilnehmer in einer Liste zusammengefasst. In drei Abschnitten zum Lehrberuf, zum Bildungswesen und zur Bildungsreform sind die „Sorgen“ sowie „Aktionsvorschläge“ genannt. Gefordert wird eine größere Professionalisierung in der Leitung der Bildungsreform und speziell die Einrichtung eines „Education Reform Review Committee“ (www.ied.edu.hk/cric/new/principalconference/concern_eng.htm). -gs-

SVR Macau

30 Gesetz zur Wahl des Regierungschefs verabschiedet

Während Hongkong politische Tumulte um eine Änderung der Methoden zur Wahl des Regierungschefs und Bildung der Legislativversammlung (Legislative Council, LegCo) erlebte, wurde in Macau in aller Ruhe das Gesetz zur Wahl des Regierungschefs verabschiedet.

„Beijing vertraut Macau politisch viel mehr“, so Sonny S.H. Lo, ein Hongkonger Universitätsprofessor, der die politische Entwicklung in den beiden Sonderverwaltungsregionen studiert. Während Ende letzten Jahres bei den Pflichtbesuchen der beiden Regierungschefs in Beijing Präsident Hu Jintao Macaus Regierungschef Edmund Ho mit Lob überschüttete, forderte er dessen Hongkonger Amtskollegen Tung Chee-hwa auf, härter zu arbeiten. „Die Beijinger Führung hat Macau mehr Autonomie und Spielraum gegeben, seine eigene Wirtschaft und sein eigenes politisches System zu entwickeln.“

Am 6. April trat in der SVR Macau mit der Unterzeichnung durch Edmund Ho das Gesetz zur Wahl des Regierungschefs in Kraft, das vom LegCo am 1. April verabschiedet worden war. Die Versammlung hatte über jeden der 162 Artikel der Gesetzesvorlage abgestimmt. Die fünfjährige Amtszeit des jetzigen Regierungschefs läuft am 19. Dezember 2004 aus. Eine zweite Amtsperiode Edmund Hos gilt als